

Studentischer Protest

Von Michael Daxner

Ende Oktober 1997, von Gießen ausgehend, wurden diese Forderungen plötzlich um einiges wirksamer als in den Jahren davor. Denn diesmal verbündeten sich spontan „alle“, Kohl, Rüttgers, die meisten Minister, viele Professorinnen und Professoren. Für die politische Klasse waren die studentischen Aktionen zunächst bloß entlastend. Da sie sich selbst beschämend blockiert hatte, konnte sie den phantasievollen Aktionen einiges abgewinnen. Die Studentinnen und Studenten aber wollten nicht einfach fordern, sondern ernst genommen werden. Da hörte die Umarmung schnell auf, denn die Politik wollte ja ihre Pläne zu geringen Kosten unter Dach und Fach bringen. Das Hochschulrahmengesetz steht zur Novellierung an, der Regierungsentwurf ändert nicht viel am Status quo, der Alternativentwurf der Bündnisgrünen würde viel ändern, hat aber noch im Bundestag keine Chance. Das BAFÖG-Debakel wurde vom Kanzler und den Ministerpräsidenten ein weiteres Jahr mit untauglichen Mitteln verlängert. Wer die Frustration der Studierenden teilt, muß selbst von dieser Nicht-Politik frustriert sein.

Hochschulpolitik ist Gesellschaftspolitik, mehr also als Standortsicherung mit billig erworbener, flexibel einsetzbarer akademisch ausgebildeter Arbeitskraft. Das ist in den letzten Jahren weitgehend vergessen worden. Seien wir nicht naiv: die eingeleiteten finanziellen und betriebswirtschaftlichen Reformmaßnahmen sind für sich weder falsch noch unzumutbar. Aber gehen wir auch nicht den Neoliberalen auf den Leim: eine reine Marktorientierung unter finanziellen Restriktionen kann die Hochschulmisere nicht beheben. Es muß einerseits transparente Leistungsnachweise für die Menschen in diesem Land geben, damit sie wissen, was ihre Hochschulen kosten, und damit sie festlegen, was sie ihnen wert sind. Aber es muß auch eine Vision geben, was die Hochschulen in Zukunft für die zwei Millionen junger Menschen leisten können, wozu sie da sind, welche Probleme wie mithilfe von Wissenschaft gelöst werden, und wie die Kultur in diesem Land durch kritische Wissenschaft ziviler wird.

Viel weniger als 1968 sind dabei heute gesamtgesellschaftliche revolutionäre Konzepte gefragt, die politische Gesamtlösungen hervorrufen. Vielmehr drückt sich der Wunsch nach ziviler Zukunft in einer an der „Basis“ konkreter werdenden Diskussion um neue Inhalte aus: Und diese sinnvolle neue Einbettung der Wissenschaft

Streik gegen die Verschwendung von Zukunft

Mehr Geld für die Hochschulen, erweiterte Mitbestimmung und sinnvolle, auch ökologische, Inhalte – dafür lohnt es sich, auf die Straße zu gehen.

konzentriert sich auf zwei Schwerpunkte: Demokratie und Ökologie. Ökologie als Bedienung für das Überleben der Gattung ist heute in den Augen der meisten Studierenden keine romantisch überhöhte Megadisziplin, sondern ein Prinzip, an dem sich Qualität und Relevanz der Hochschulreform messen können. Warum wird eine solche Forderung an den meisten Hochschulen nur widerwillig und von der Politik freudig angenommen? Nicht nur, weil konservative Interessen und Besitzstände dagegenstehen. An der ökologischen Fragestellung zeigt sich, ob der Kaiser nackt ist oder neue Kleider trägt. Die wissenschaftliche Anstrengung, aus dem Prinzip der Nachhaltigkeit eine neue Problemlösungskompetenz für die Wissenschaft zu gewinnen, sollte Priorität der inhaltlichen Reformbemühungen haben. Dann müssen aber nicht nur Prüfungs- und Studienordnungen genehmigt werden und das vorhandene Personal auf die neuen Bedingungen umgestellt werden: Dann brauchen wir neue, transdisziplinär vernetzte Einrichtungen, neue Professuren, flexible Abschlüsse – dafür darf ruhig einiges an erwiesenermaßen erfolgloser Ökonomie und Ingenieurwissenschaft alten Typs wegfallen. Das spüren die protestierenden Studentinnen und Studenten, und hier ist jede Unterstützung sinnvoll.

Geld, Sinn, Mitbestimmung: Die Forderungen sind auch heute nicht falsch, aber das, was die Protestierenden wollen, ist sehr viel mehr als das Substrat der meistens recht einfallslosen Forderungskataloge.

● Lebensweltliche Ansprüche zielen auf eine Verbesserung der Studienbedingungen – und verknüpfen sie mit einem inhaltlichen „Recht auf Studium“; von hier werden auch Forderungen

nach besserer finanzieller Absicherung des Lebensunterhalts deutlich, weil mit regelmäßiger Erwerbsarbeit natürlich Studienreformen schlecht vereinbar sind. Weg mit dem Unsinn der Regelstudienzeiten – noch nie war diese Forderung so berechtigt wie heute!

● Mitbestimmungsansprüche sind ambivalent, da fraglich ist, ob sich eine wirkliche Mitbestimmung und Mitgestaltung über die Gremien einer ständischen Gruppenuniversität erreichen lassen. Aber es gibt auch Visionen von studentischer Selbstbestimmung, die sich aus der „erwachsenen“ Qualität studentischen Lebens speisen und eher auf eine durch wissenschaftliches Studium gestifteten Einheit der Hochschulangehörigen abzielen.

● Sinnsuche, Zukunftsangst. Angstlust vor der Zukunft. Auch Hilferufe einer Generation, die dabei ist, jede Loyalität gegenüber einem Staat zu verlieren, der sie dauernd verschaukelt und den abgewirtschafteten Politikern erlaubt, die Zukunft ganzer Generationen zu verschwenden. Darin liegt die Sprengkraft des Streiks. Wer ihn nicht als Warnung vor dieser Abwendung ganzer Generationen vom Gemeinwesen versteht, spielt mit dem Feuer, einem Feuer, das den Wissenschaftsstandort Deutschland ernsthaft gefährdet. Nun liegen die Reformpakete ja auf dem Tisch. Mehr sinnvolle Reformen – Dienstrecht, Studienreform, Personalstruktur, Studienfinanzierung – als man in einem Aufwasch umsetzen kann, aber alle realistisch und bezahlbar. Ich plädiere immer dafür, die studentischen Forderungen und die der entschiedenen Reformer, die eine zivilgesellschaftliche Wissenschaftspolitik anstreben, in Geldäquivalenten für Autobahnen, Kriegsflugzeuge, Vorstandsgehälter und Korruptionsverluste durch Steuerflucht umzurechnen. Dann ergeben sich klare Finanzierungsstrategien, die alle Forderungen der Studierenden in einer Legislaturperiode bezahlbar machen. Populismus? Die Eltern und die künftigen Studierenden, die kritischen Wissenschaftler und die Medien können hier schon differenzieren – und besser, als die Wut sich weiter anstauen zu lassen, bis sie zerstörerisch wird, sind solche Rechnungen allemal.

Der Autor

Prof. Michael Daxner ist Präsident der Universität Oldenburg.

Kontakt: Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, Postfach 26111, Oldenburg

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.